Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 149 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen 1928

Bezugspreis: monatlich 2.40 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2.50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Mittwoch, 27. Juni 1928

Anzeigenpreis: Für die 10gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 35 Pf., für Familienanzeigen 6 Pf., für die Rubrik „Kleine Anzeigen" jedes Wort 9 Pf., Ueberschriftzeile 10 Pf., die 4gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pf. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften u. telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25 610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30 Fernruf Amt Kurfürst Nr. 62 90 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die „Köpfe" sind endlich beisammen ...

aber noch nicht ganz einig

Der Endkampf um die Ministersessel — Schwierigkeiten bis zum letzten Augenblick

Berlin, 26. Juni.

Während innerhalb der Zentrumsfraktion im Laufe des heutigen Tages heftige Kämpfe über die Besetzung der dem Zentrum zur Verfügung gestellten Ministerposten ausgefochten wurden, wurden im Reichstag alle möglichen Ministerlisten kolportiert, die alle den Anspruch machten, richtig zu sein. Die Berliner Abendblätter brachten daher ebenfalls noch recht abweichende Ansichten darüber, wer nun die einzelnen Ministerien besetzen werde. Die Schwierigkeiten im letzten Augenblick sind dadurch entstanden, daß sich das Zentrum nicht über die Besetzung seiner ihm zur Verfügung gestellten drei Ministersessel einigen konnte. Bei den scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Zentrumsfraktion hat die Haltung Dr. Wirths eine große Rolle gespielt, der keinen Posten übernehmen wollte, der innerhalb des Reichskabinetts keine überragende politische Bedeutung hat. Er fand es unter seiner Würde, das Reichsverkehrsministerium zu übernehmen, das durch das Zentrum besetzt werden sollte. Die Wahl in bezug auf die noch zu besetzenden Ministerien war überhaupt schon recht knapp, denn die wichtigsten Ministerposten waren bereits in festen Händen. Dem Zentrum standen zur Auswahl nur noch zur Verfügung: das Ministerium für die besetzten und Grenzgebiete, das Justizministerium, das Ernährungsministerium und das Reichsverkehrsministerium. Davon durfte sich das Zentrum zwei Ministerien aussuchen, denn die übrigen zwei sollten noch an einen Sozialdemokraten und an einen Demokraten vergeben werden. Zunächst stand fest, daß vom Zentrum der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns das Reichsarbeitsministerium behalten sollte und daß Dr. Wirth und von Guerard neu in das Kabinett eintreten sollten. Dr. Wirth wollte, nachdem ihm das Reichsverkehrsministerium zwar angeboten, aber nicht genügt hatte, durchaus das Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen, da er wahrscheinlich die stille Hoffnung hat, von diesem Ministerium aus Einfluß auf die Außenpolitik zu gewinnen. Vielleicht sieht er diesen Ministerposten auch als Sprungbrett nach dem Außenministerium an. Der Abgeordnete von Guerard, der auf dieses Ministerium aber schon seit jeher großen Wert gelegt hatte, wollte zunächst seinen Anspruch auf diesen Posten auch nicht an Wirth abtreten. Nach langem Hin und Her verzichtete aber von Guerard doch zugunsten Wirths. Nun hatte aber Dr. Wirth noch weiteren politischen Ehrgeiz und versuchte doch noch durchzudrücken, daß ihm gleichzeitig der Vizekanzlerposten übertragen werde, der nach dem Wunsche Hermann Müllers nicht mehr neu besetzt werden sollte, da der dienstälteste Minister die Vertretung des Kanzlers jeweils übernehmen sollte.

Die „Köpfe der Regierung"

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. **Berlin**, 26. Juni.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums setzte ihre gestern spät abend unterbrochene Sitzung heute vormittag um 9 Uhr fort, weil Herr Müller um Antwort auf seine Fragen bis 11 Uhr gebeten hatte. Aber im Schoße des Zentrums tauchten so plötzlich Schwierigkeiten auf, daß die Frist nicht innegehalten werden konnte. Es kam nämlich zu einem Zwist zwischen Herrn Dr. Wirth und Herrn von Guérard. Dr. Wirth sollte neben dem Amt als Vizekanzler das Verkehrsministerium übernehmen, er aber wollte das schon Anfangs mit seinem Namen in Zusammenhang gebrachte Ressort der besetzten Gebiete, für das Herr v. Guérard in Aussicht genommen war. Joseph Wirth muß sich sehr störrisch gezeigt haben, denn er drohte bei Nichterfüllung seines Wunsches überhaupt nicht in das Kabinett einzutreten. Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, ist deshalb eine große Ausgleichsaktion zwischen Wirth und Guérard im Gange.

Im übrigen steht die Ministerliste so gut wie fest. Sie wird, wenn keine Aenderungen mehr eintreten, folgende Zusammensetzung erhalten:

Reichskanzler: Hermann Müller-Franken (Soz.),
Besetzte Gebiete und Vizekanzler: Dr. Wirth (Ztr.),
Aeußeres: Dr. Stresemann (DVP.),
Inneres: Severing (Soz.),
Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.),
Wirtschaft: Dr. Curtius (DVP.),
Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.),
Justiz: Sänger (Soz.),
Reichswehr: Groener (—),
Verkehr: von Guerard (Ztr.),
Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.),
Post: Schätzel (BVP.),

Das Ernährungsministerium wurde heute früh dem Demokraten Dietrich-Baden angeboten. Unter diesen Umständen dürfte der Führer der Demokraten, Koch, für das Justizministerium nicht mehr in Frage kommen, dies Amt würde dann auch von den Sozialdemokraten reklamiert werden, die den früheren Justizminister Landsberg oder den Münchener Rechtsanwalt Sänger präsentieren. Müller-Franken wollte gern schon heute abend 7 Uhr mit der fertigen Ministerliste zum Reichspräsidenten gehen. Es dürfte aber doch wohl noch die am Mittwoch tagende Fraktionssitzung der Volkspartei abgewartet werden. Eine Einberufung des Reichstages kommt in dieser Woche wegen des katholischen Feiertages am Freitag nicht mehr in Frage. Man wird sich deshalb in diesen Tagen in aller Ruhe das Regierungsprogramm überlegen, mit dem man Anfang der nächsten Woche vor den Reichstag tritt.

Müller-Franken geht erst am Mittwoch zum Reichspräsidenten

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 26. Juni.

Wie die Telegraphen-Union hört, wird sich infolge der noch andauernden Verhandlungen über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts der Abg. Müller-Franken heute abend nicht mehr zum Reichspräsidenten begeben. Er wird vielmehr dem Reichspräsidenten erst die Ministerliste am Mittwochnachmittag vorlegen, nachdem die Deutsche Volkspartei ihre Fraktionssitzung abgehalten hat.

Die letzten Verhandlungen über die Regierungsbildung

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 26. Juni.

Nach der Fraktionssitzung des Zentrums begaben sich nachmittags die Abgeordneten Dr. Stegerwald und Esser zum Abg. Müller-Franken um ihm von dem Ergebnis der Verhandlungen der Zentrumsfraktion Mitteilung zu machen. Nach der Unterredung, die nur von kurzer Dauer war, trat der Fraktionsvorstand des Zentrums zu einer weiteren Besprechung zusammen. Der Abg. Müller-Franken hat den Unterhändlern des Zentrums gegenüber den Wunsch nach einer persönlichen Rücksprache mit den vom Zentrum zu benennenden Mitgliedern der Reichsregierung, den Abgeordneten Dr. Brauns, Dr. Wirth und von Guerard zum Ausdruck gebracht.

Das Arbeitsprogramm des Reichstages nach der Regierungserklärung

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 26. Juni.

Nach einer Mitteilung der „Wandelhalle" nimmt man in parlamentarischen Kreisen an, daß der auf die Regierungserklärung folgende Tag sitzungsfrei bleiben wird, damit die Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu der Regierungserklärung haben. Inzwischen wird sich auch der Rechtsausschuß mit den Amnestieanträgen beschäftigen. Es wird dann eine etwa breitägige Aussprache über die Regierungserklärung folgen. Der Aeltestenrat des Reichstages wird darauf die endgültigen Dispositionen für die Sommertagung des Reichstages treffen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen mit einem Abschluß der Sommertagung, wenn nicht besondere Schwierigkeiten eintreten, für Mitte Juli.

Ausschluß Lambachs aus der D. N. V. P. gefordert

(Telegraphische Meldung.)

Hamburg, 26. Juni.

Der Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei in Hamburg beschäftigte sich in einer Sitzung am Montag auch mit dem Fall Lambach, wobei er folgende Entschließung faßte:

„Der Landesverband hat mit Entrüstung von dem Artikel „Monarchismus" des Reichstagsabgeordneten Lambach in der „Politischen Wochenschrift" vom 14. Juni Kenntnis genommen. Er stellt fest, daß Abgeordneter Lambach sich außerhalb der Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei gestellt hat, und verlangt vom Parteivorstand und Parteivertretung, daß aus dieser Tatsache die selbstverständliche Folgerung des Ausschlusses gezogen wird."

Kann Deutschland einen Heimatluftschutz schaffen?

Von **Franz Geiger**, Kronshagen.*)

„Ich sehe keine andere Lösung, als daß das Volk den Schutz gegen Luftangriffe auf seine eigenen Schultern nimmt." (Aus einem Vortrag des englischen Obersten Villiers-Stuart.)

„Daß in Deutschland für die passive Luftverteidigung nichts geschieht, ist schwer zu verstehen und schwerer zu verantworten." (Aus einem Vortrag des Generalobersten v. Seeckt.)

Alle Abrüstungskonferenzen sind ergebnislos verlaufen, nur Deutschland ist wehrlos. Der deutsche Bürger muß sein Augenmerk auf die Gefahren des neuzeitlichen Krieges richten. Sie sind mit dem Wort Flugzeugangriff gekennzeichnet. Infolge der geographischen Mittellage Deutschlands überschneiden sich über unserem Staatsgebiet die Wirkungskreise aller benachbarten Luftflotten. Es gibt keinen Punkt in Deutschland, auf den nicht jederzeit Sprengs-, Gas- und Brandbomben niederfallen können. Diese Bedrohung fordert gebieterisch die Sicherstellung eines Schutzes. Geschehen ist in dieser Hinsicht in Deutschland noch nichts. Liegt die Schuld an den uns vom Ausland auferlegten Fesseln oder an uns? — Die nachfolgenden Zeilen sollen keine erschöpfende Behandlung des Problems geben, sie wollen nur die Gedanken des Volkes auf diese lebenswichtigen Fragen lenken. —

Der Angriff ist die beste Verteidigung. Diese aktive Abwehr ist uns versagt; das Pariser Luftabkommen verbietet uns den Besitz von Kriegsflugzeugen. Auch die Verteidigung mit Waffen ist uns nicht möglich; denn dazu gehört eine große Zahl von Fliegerabwehrgeschützen, unserem Herr sind aber nur 288 Feldgeschütze zugebilligt.

Rein militärisch können wir also für den Heimatluftschutz nichts tun; ausländische Stimmen nennen diesen Zustand „unsittlich". Das Pariser Luftabkommen gestattet uns nur passiven, zivilen Luftschutz. Diesen zu schaffen ist möglich, wenn alle öffentlichen und privaten Stellen des wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens zusammenarbeiten, es ist aber auch nötig, ihn bis zum höchsten Grad der Bereitschaft auszubauen, denn die Angriffe werden plötzlich mit voller Stärke einsetzen, nicht allmählich wie im Weltkrieg, wo sich die Abwehr der in Entwicklung begriffenen Angriffswaffe anpassen konnte.

Das erste Erfordernis ist ein gut arbeitender Flugwach-, Melde- und Alarmdienst. Das die Grenzen oder Küsten überfliegende feindliche Geschwader muß gemeldet und auf seinem Weiterflug beobachtet werden, damit aus seinem Weg Schlüsse auf das Angriffsziel gezogen werden können. Die Verwendung rasch arbeitender Nachrichtenmittel ist notwendig, um die Bevölkerung rechtzeitig zu alarmieren. Das gesamte Ausland sieht hierfür die postalischen Fernsprech-, Fernschreib- und Funkverbindungen vor. Verschieden ist im Ausland das Personal organisiert: England bedient sich der special constables, einer Hilfsschutzmannschaft, die sich aus allen Volkskreisen zusammensetzt. Sie hält häufig Uebungen ab und hat bei dem Londoner Luftmanöver der Armee mit gutem Erfolg mitgewirkt. Nach einer Meldung des „Matin" vom 2. Februar 1928 ist in Italien eine Luftmiliz geschaffen. Ihre augenblickliche Stärke beträgt 1000 Offiziere und 30 000 Mann. Insgesamt sollen 100 000 nicht militärdienstpflichtige Personen eingestellt werden. Es ist klar, daß Deutschland eine solche Organisation nicht erst im Kriegsfall aus dem Boden stampfen kann. Das Personal muß im Erkennen von Flugzeugtypen, im Schätzen von Flughöhen geschult, die Post auf die Nachrichtenübermittlung eingestellt sein. Es erscheint möglich, bestimmte Zoll-, Polizei- und Postdienststellen im Frieden zu verpflichten, alle ihren Verkehrsort überfliegenden Verkehrsflugzeuge an eine Zentrale zu melden. Damit wird wenigstens ein kleiner Personalstamm für den Meldedienst geschult.

Ein zweites wichtiges Gebiet sind baupolizeiliche Vorschriften. Die größten Aussichten auf Erfolg bei Fliegerangriffen bietet die Massierung des Zieles. Bei allen Neuanlagen, z. B. der Randbebauung der Großstädte, ist weitmaschige Besiedlung anzustreben. Wo in den Zentren der Städte die Dichte der dort arbeitenden Bevölkerung nicht nennenswert vermindert werden kann, muß wenigstens eine noch stärkere Zusammenballung vermieden werden. In diesem Zusammenhang ist die Frage der Hochhäuser zu nennen: Die Bauordnung läßt allgemein nicht mehr als fünf Stockwerke zu. Ausnahmen sind nur statthaft, wenn das Gemeinwohl sie gebietet. Im Hinblick auf die Fliegergefahr fordert das Gemeinwohl, daß die Erlaubnis für mehr als vier Stockwerke nicht erteilt wird. Wo in Bürohäusern und Fabriken eine Zusammendrängung von Menschen erfolgen muß, ist Keller oder Treppenhaus in besonders starker Bauart aus-

*) Anmerk. der Schriftl.: Das Hamburger Giftgasunglück sollte in Verbindung mit der Möglichkeit feindlicher Gaslustangriffe allen deutschen Volkskreisen zu denken geben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192806271-16/fragment/page=0001

zuführen, um den Hausinsassen Schutz zu bieten. Allgemein müssen zahlreiche, nicht zu große Zufluchtsräume in einer der Bevölkerungsdichte entsprechenden Zahl gleichmäßig verteilt sein. Als Bombenschutz dienen sogenannte Detonationsdecken, welche die Bombe vor dem Eindringen in das Innere zur Entzündung bringen, sowie splitter- und luftdrucksichere Wände. Für den Gasschutz genügt der luftdichte Abschluß an den Türen mit Filz und die Erzeugung eines geringen Ueberdrucks im Innern durch Ventilatoren. Die angesaugte Luft muß selbstverständlich durch einen Filter geleitet werden. Einzelheiten über den Gasschutz hat eine auf Anregung des Roten Kreuzes am 16. Januar 1928 in Brüssel abgehaltene Sachverständigenkonferenz festgelegt, das Ergebnis ist in der „Rivista di Artiglieria e Genio" vom März 1928 veröffentlicht worden. Solche kaupolizeilichen Vorschriften sind nicht übertriebene Phantasie, sie waren zum Teil schon während des Krieges, z. B. in Dänkirchen, eingeführt, teils sind sie in Gesetzentwürfen von Auslandsstaaten enthalten. Der englische Major Nye veröffentlichte vor einiger Zeit in der „Daily Mail" eine Berechnung, nach welcher der Schutz der gesamten Londoner Bevölkerung gegen Fliegerangriffe nicht mehr kostet als zwei Kreuzerneubauten.

Auch an die Bereitstellung gasdicher verpackter Nahrungsmittel (Konserven) ist zu denken. Es dürfte keine Schwierigkeiten machen, die Großverkaufsstellen zu veranlassen, daß sie einen mehrtägigen Vorrat für die Bevölkerung dauernd auf Lager halten.

Als weiteres Schutzmittel ist die Sichtentziehung der Ziele zu erwähnen. Man kann das Vorhandensein des Objekts verheimlichen, sein Aussehen verändern, um seinen Zweck zu verschleiern, das Ziel der Beobachtung entziehen oder den Sichtbarkeitsgrad herabmindern und endlich die Feindwirkung auf Scheinanlagen lenken. Umfangreiche Aenderungen und Neubauten dieser Art sind jedoch mit hohen Kosten verbunden. Mit wenig Geld läßt sich dagegen folgendes machen: Allgemeine Einführung von Mitteln, um den Lichtschein aus den Häusern zu beseitigen, Schaffung von Anlagen derart, daß auf allen Bahnlinien und Bahnhöfen, die nachts dem Flieger als Orientierungsmittel dienen, mit wenigen Handgriffen alle Außenlichter gelöscht werden. Für kleine, besonders wichtige Objekte ist die Erzeugung von künstlichem Nebel oder Rauch durchaus möglich. Auch dieses Mittel ist im Krieg verschiedentlich mit Erfolg verwendet worden und wird auch heute im Ausland technisch weiter entwickelt.

Ein weiteres erprobtes Schutzmittel sind die Sperrballons. Sie können bis zu 8000 Meter hoch an Drachen oder Ballonen aufgehängt werden und sind besonders da am Platz, wo wichtige, auch nachts arbeitende Fabriken vor den in geringen Höhen fliegenden Nachtbombengeschwadern geschützt werden müssen.

Ferner wird es möglich sein, einen Teil der Großstadtbevölkerung im Kriegsfall nach dünn besiedelten Gegenden abzuschieben. Hierzu muß im Frieden durch Statistiken festgelegt werden, wieviel Menschen nicht gezwungen sind, in der Großstadt zu bleiben. Diese können dann zum Teil nach selbstgewählten Orten übersiedeln, teils von staatswegen einen vorübergehenden Wohnsitz angewiesen erhalten. Zu diesen Vorbereitungen gehört auch die Einteilung des Reichsgebiets in verschiedene, den einzelnen Großstädten zugeteilte Bezirke, ferner die Sicherstellung der Transportmittel.

Für diejenigen zahlreichen Menschen, die an den besonders bedrohten Punkten bleiben müssen, sind weitere Maßnahmen notwendig und möglich. Für diese „aktive Bevölkerung" — wie sie der erwähnte Bericht des Roten Kreuzes nennt — sind Gasmasken bereitzustellen, während für die „passive Bevölkerung" der angedeutete Sammelschutz genügt. Die Organisation der ärztlichen Hilfe umfaßt Ausstattung eines Teils der Aerzte mit Sauerstoff- und Rettungsgeräten, leichtauffindbare Bezeichnung ihrer Wohnungen, Einrichtung gasdicherer Behandlungsräume.

Zur Beseitigung von Gasümpfen, Löschung von Bränden, Rettung von Menschen sind die Feuerwehren berufen. Vorbedingung hierfür ist ihre Ausstattung mit Einzelgasschutzgeräten und Schulung für solche Aufgaben. Es sei erwähnt, daß die Rauchschutzgeräte vieler amerikanischer Feuerwehren bei chemischen Krieg Rechnung tragen und daß die Asbestanzüge, mit denen sie ausgerüstet sind, auch gleichzeitig gegen das berüchtigte Senfgas schützen. Aehnlich sind in allen größeren industriellen Betrieben Werkfeuerwehren zu bilden und zu schulen.

Ein wesentlicher Faktor ist endlich die Aufklärung der Bevölkerung. Verschweigen der bestehenden Gefahr ist ebenso gefährlich wie übertriebene Aengstlichkeit. In erster Linie scheint zu dieser Belehrung die Schule berufen. Die hierzu notwendigen Unterlagen müssen in Form von Merkblättern von der Regierung herausgegeben werden. —

Die Ohnmacht der „Sieger"

Sie haben an ihrem „Sieg" noch keine Freude gehabt

Vielleicht werden die Sozialisten durch die Erfahrungen, die sie mit den Versuchen zu einer Regierungsbildung gemacht haben, zu der Einsicht gelangen, daß ähnlich wie im großen Kriege auch aus der letzten Wahlschlacht nur Besiegte hervorgegangen sind und daß zu ihnen auch der vermeintliche Sieger zu zählen ist, dessen Ohnmacht sich in seiner Abhängigkeit von den anderen Parteien klar gezeigt hat. An ihrem „überwältigenden Siege" haben die Roten wahrlich noch keine Freude erlebt, und sie mögen ihn im stillen schon manchmal verwünscht haben. Es liegt somit für Braun, den Diktator von Preußen und Deutschland, bereits aller Anlaß vor, von seinem hohen Roß herabzusteigen, wenn er und seine Leute überhaupt für Lehren zugänglich sind. Recht lehrreich sind die Unterhaltungen mit Herrn Müller aber auch für die bürgerlichen Parteien, denen dankenswerte Einblicke in die Geheimnisse der Regierungskunst der roten Herren und in ihren „staatspolitischen" Geist gewährt worden sind. Es ist bezeichnend für den Machtdünkel, der immer noch trotz des kläglichen Verlaufs der Bemühungen des Herrn Müller dessen Partei beherrscht, daß sie mit einer parteifanatischen Verbohrtheit den 11. August zum Mittelpunkt ihrer Forderungen macht, um „ihren" Nationalfeiertag dem ganzen Volke aufzuzwingen und so ihre Macht zu zeigen, unbekümmert um die unausbleiblichen Folgen einer Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze.

Den wertvollsten Anschauungsunterricht hat die Volkspartei genossen, die einen kleinen Vorgeschmack von dem Aschenbrödelasein erhalten hat, das ihr in einer roten Koalition blühen würde. Sie würde einer geschlossenen Mauer der Weimarener gegenüberstehen, gegen die sie ohnmächtig wäre. Im Reichstag will man damit rechnen, daß bereits in der nächsten Woche die Regierungserklärung wird angehört werden können, und danach scheint es, als ob der Franken-Müller entschlossen wäre, den gordischen Knoten irgendwie zu durchhauen. Er würde ihn mit einem solchen Versuch aber wahrscheinlich nur noch mehr verwickeln, und es sieht vorläufig nicht so aus, daß die Verhandlungen nahe vor ihrem Abschluß stehen.

Der Krach bei der Arbeiterbank

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

ka. **Berlin**, 26. Juni.

Bei der Leitung der Berliner „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G." ist es vor einiger Zeit zu einem großen Krach gekommen, der damit endete, daß ein Mitglied des Vorstandes sogusagen mit Polizeigewalt aus den Räumen entfernt wurde. Die Sache hat ziemlich viel Staub aufgewirbelt, da es sich um ein Institut handelt, das unmittelbar unter der Kontrolle der Gewerkschaften steht. Aus politischen Gründen hat man daher, als man sah, welche Folgen sich aus diesem Krach ergaben, durch eine Kommission feststellen lassen, daß man zwar schwere Vorwürfe gegen den Entlassenen erheben müsse, daß aber seine „persönliche Ehrenhaftigkeit" außer allem Zweifel stehe. Nun wurde auch die Entlassung zurückgenommen, worauf der Betreffende nun eine regelrechte Kündigung zum 1. Oktober einreichte.

Pressestelle und Auswärtiges Amt

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Ka. **Berlin**, 26. Juni.

Wie verlautet, dürften in der Reichspressestelle nunmehr grundlegende Aenderungen vor sich gehen. Diese Gerüchte finden auch bereits heute morgen in dem Zentrumsblatt „Germania" ihren Widerhall. Dort heißt es nämlich: „Man kann wohl sagen, daß es dem Auswärtigen Amt restlos gelungen ist, die Presseabteilung hauptsächlich in ihren eigenen Dienst zu stellen. Die Presseabteilung hat jedoch gegenüber den Zielen und Zwecken, die sie noch unter Hammann verfolgte, im neuen Staat eine andere umfassendere Aufgabe erhalten. Sie muß bei gesteigerten vielseitigen Erfordernissen in Politik und Gesetzgebung eine Einrichtung sein, die der gesamten Reichsregierung und ihrer gesamten Arbeit in gleicher Weise zur Verfügung steht. Wird diese einzig mögliche Auffassung zugrunde gelegt, dann muß die dringende Forderung erhoben werden, daß auch die Personalfragen, wenigstens die wichtigsten Personalfragen, nicht mehr allein vom Auswärtigen Amt, sondern von der Gesamtheit des Kabinetts geregelt werden. Die einzelnen Ressort-Minister müssen das Recht der Mitentscheidung haben, solange man sich nicht entschließt, Hauptreferate der Reichskanzlei zu unterstellen. Regierungsneubildungen pflegen bekanntlich auch gewisse Veränderungen in der Presseabteilung mit sich zu bringen, und man nimmt an, daß es außer dem Leiter der Abteilung auch diesmal der Fall sein wird." — Demnach kann man sich also tatsächlich auf eine grundlegende Umstellung der Reichspressestelle im Sinne des neuen Kabinetts gefaßt machen, wobei man sich erinnern wird, daß unter der bürgerlichen Reichsregierung ein sozialdemokratischer Reichspressechef ungestört und wohlgemut seines Amtes walten konnte.

Abschied Sir Ronalds Lindsays von Berlin.

Der bisherige englische Botschafter in Berlin, Sir Ronald Lindsay, wird am Mittwoch vormittag vom Reichspräsidenten in Abschiedsaudienz empfangen werden. Der Reichspräsident wird ihm zu Ehren ein Frühstück geben. Der englische Botschafter wird Berlin voraussichtlich gegen Ende der Woche verlassen.

Italien lehnt deutsche Hilfe ab

Wie wir erfahren, hat die italienische Regierung den deutschen Stellen, die eine Hilfsexpedition für Nobiles Begleiter ausrüsten wollten, zu verstehen gegeben, daß die Unterkunftsmöglichkeiten in Kingsbay allzu stark überlastet wären. Unter diesen Umständen kann das zum Polarflug bestimmte Dornierflugboot nicht in Aktion treten.

Wieder ein Opfer der Moskauer Folter

(Telegraphische Meldung.)

Moskau, 26. Juni.

Der Schachty-Prozeß geht allmählich seinem Ende entgegen. Voraussichtlich werden am Mittwoch oder Donnerstag die Sitzungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden, wobei die Beziehungen der sogenannten „konterrevolutionären Organisation" zu polnischen und französischen Behörden behandelt werden sollen. Die heutige Verhandlung begann mit einer erschütternden Szene. Der einundfünfzigjährige Angeklagte Scorutti hatte in der Voruntersuchung kein Geständnis abgelegt, er gehörte zu den „Nichtgeständigen". Heute wiederholte Scorutti zunächst die Beteuerung seiner Unschuld, teilte dann aber plötzlich mit, er habe in der vergangenen Nacht ein schriftliches Geständnis abgelegt. In diesem Augenblick schrie in einer Loge, wo die Angehörigen Scoruttis saßen, eine Frau händeringend auf: „Nikolai, was tust du? Du lügst! Du bist doch unschuldig!" Es war Frau Scorutti, die nach diesen Worten in Ohnmacht fiel; ihr Mann, der Angeklagte, wankte selbst und drohte umzufallen. Staatsanwalt Krylenko schiebt ihm einen Stuhl hin, auf dem Scorutti zusammensinkt. Im Saal schreien zahlreiche Frauen auf. Langsam erholt sich Scorutti und — widerruft sein Geständnis. Er erklärt, daß er in den letzten Monaten sehr müde geworden sei und nur mit Hilfe von Medikamenten vor dem Wahnsinn bewahrt geblieben sei. Dann fährt er fort: „Was ich in der gestrigen Nacht unterschrieben habe, weiß ich nicht mehr. Ich hätte alles unterschrieben." Man denkt an Baschkin und an Mayers Nervenzusammenbruch im Gefängnis.

Politische Umschau

Dr. Brauns acht Jahre Minister.

Der Reichsarbeitsminister Dr. h. c. Brauns, feiert am Mittwoch, den 27. Juni das Jubiläum der achtjährigen Ministerschaft.

Der Maharadscha von Patiala in Berlin.

Mit dem Pariser Schnellzug traf heute morgen auf dem Bahnhof Friedrichstraße 8,33 Uhr mit großem Gefolge der Maharadscha von Patiala in Berlin ein. — Sein Gefolge besteht aus 25 Personen, die sich in bereitstehenden Automobilen nach dem Hotel Adlon begaben, wo der indische Fürst während seines Berliner Aufenthaltes Wohnung genommen hat.

Rossé wieder im Kolmarer Gefängnis.

Der Kolmarer Abgeordnete Rossé wurde nach vorläufiger Einstellung des gegen ihn in der Sapart-Angelegenheit anhängigen Verfahrens von Mülhausen wieder in das Kolmarer Gefängnis überführt.

Feuilleton

Halle, 27. Juni.

Aus der Bühnenwelt

Günstige finanzielle Lage des Stadttheaters Kottbus. Der Besuch des Stadttheaters in Kottbus war im letzten Winter außerordentlich stark und überstieg den des vorletzten Winters um rund 33,3 Prozent. Die Ziffer der zahlenden Besucher stieg auf über 140 000 in sieben Monaten gegen 106 000 im Vorjahre. Die wirtschaftliche Lage des Theaters war infolgedessen bemerkenswert günstig, und Direktor Spannuth-Bodenstedt erreichte, daß den reengagierten Mitgliedern während der Sommerferien eine Unterstützungsgage von 50 Prozent ihrer Wintergage von der Stadt gewährt wird. Die Stadt Kottbus ernannte Direktor Spannuth-Bodenstedt angesichts der erfolgreich geleisteten Arbeit zum Intendanten.

*

Ein großer Pariser Theaterstreit. Henri Bernstein, einer der erfolgreichsten französischen Dramenschreiber, und Firmin Gémier, der Direktor des Odéon, sind einander wegen einer Rede Gémiers in die Haare geraten. Gémier hatte nämlich in einer Fixierung des Gegenwartswertes der französischen Bühnenschriftstellerei vergessen, den Namen Bernstein zu erwähnen. Das zahlt ihm nun Bernstein mit schwerstem Geschütz heim. Er nennt Gémier einen Abenteurer, einen alten Profiteur, einen von verschiedenen fremden Regierungen ausgehaltenen, bestochenen Gesellen. Gémier hatte auch die Unvorsichtigkeit, einen anderen von Tantièmen begünstigten französischen Stückeschreiber nicht zu nennen, nämlich Louis Verneuil. Nun veröffentlicht Bernstein in der „Comoedia" eine Quittung Gémiers an Verneuil für das erhaltene Honorar der Mitarbeit an einem der bestgehenden Stücke Verneuils in Höhe von 50 000 Franken. Mit dieser Enthüllung glaubt Bernstein seinen Feind Gémier, den er mit einem ganzen Kübel von Invektiven überschüttet, für immer unmöglich gemacht zu haben.

*

Ein Stadttheater in Konstantinopel. Die Präfektur von Konstantinopel erhielt einen Bauplatz für ein neues Stadttheater und ein neues Konservatorium zugewiesen. Gegenwärtig ist man dabei, die für den Bau dieser Institute notwendigen Mittel aufzubringen. Ein türkischer Theater- und Konservatoriumbetrieb muß allerdings erst aus dem Nichts geschaffen werden. Das Rudiment eines Konservatoriums besteht zwar schon seit einiger Zeit. Auch hier hat sich der neue türkische Staat alle Mühe gegeben, die Bildung einer neuen türkischen Musik von oben herab zu bestimmen. Zu diesem Zweck bereisen Kommissionen die verschiedenen Provinzen, um das alte Volksgut von Liedern und Gesängen zu sammeln. Dieses melodische Gut soll gleichsam der Urstoff werden, woraus sich die, wie gesagt, noch gar nicht existierende türkische Instrumentalmusik erst zu entwickeln hätte. Die türkische Regierung will das Konservatorium und das Theater nach deutschem Muster und deutschen Lehrprinzipien einrichten. Als Berater fungiert jetzt schon der Dresdener Staatsopernkapellmeister Kurt Striegler. Striegler dirigierte letztes Jahr mit dem früheren Sultansorchester, jetzt Gazi-Orchester, sehr erfolgreich eine Reihe von Konzerten. Was das Theater betrifft: Ursprüngliches türkisches Theater gaben nur die Marionettenspiele während des Fastenmonats Ramasan. Die mythische Form dieser Marionette ist der „Karagöz", der Prototyp so ziemlich der unflätigsten Witze der Weltliteratur, was die Türken nicht hindert, die Vorstellungen auch en famille zu besuchen. Alles andere Theater in der Türkei ist europäischen Ursprungs, der Schauspielerstil, die Regie.

Die Welt des Films

„Der Scheidungsanwalt". Der Film „Der Scheidungsanwalt", der nach dem Roman „Die Frau von gestern und morgen" von Alfred Schirokauer von der Ortol-Film G. m. b. H. unter der Regie von Heinz Paul hergestellt worden ist, hat als Hauptperson einen Berliner Anwalt, und zwar einen Spezialisten für Ehescheidungen. Das Thema dieses Films ist die Ehe in allen ihren Schattierungen und Nuancen und die sehr aktuelle und hypermoderne Frage des Eheproblems und der erleichterten Scheidung unglücklicher oder leichtsinnig eingegangener Ehen.

*

Das „Mirakel" wird verfilmt. Die „First National" will, wie aus Hollywood gemeldet wird, im September mit der Verfilmung von Vollmöllers „Mirakel" beginnen unter der Regie von Alexander Korda. Nach Abschluß außerordentlich umfangreicher Quellenstudien über die wunderbare Legende von der Jungfrau und der Nonne, wie sie Maeterlinck in seiner „Schwester Beatrice" und Vollmöller in „Das Mirakel" bearbeitet hat, ist die Sternheim-Film-Gesellschaft mit den Vorbereitungen eines Standard-Werkes beschäftigt, das dieses Thema im Film behandeln wird. Julius Sternheim, der in früheren Jahren schon manches gute Film-Manuskript schuf und dessen Studien auf religiösem Gebiet bekannt sind, bearbeitet die Legende für den Film selbst unter Assistenz sachverständiger Wissenschaftler. Um irgendwelche Komplikationen zu vermeiden, wendet Sternheim sich bewußt von Maeterlinck und Vollmöller ab und benutzt als Vorwurf ausschließlich die Originalliegenden und Gedichte, die die Zeit von 1100 bis 1600 n. Chr. umfassen. Es ist selbstverständlich, daß bei dem häufig wiederkehrenden Streit um die geistige Originalität der Legende Sternheim es ablehnt, seine Quellen namhaft zu machen. Nur soviel sei gesagt, daß er solche nicht nur aus der Preußischen Staats- und der Universitäts-Bibliothek entnommen hat, sondern auch auf solche Quellen zurückgreifen darf, die sich sowohl in der Bibliothek des Britischen Museums als auch in der Pariser National-Bibliothek, der Pariser Arsenal-Bibliothek, der Darmstädter Hof-Bibliothek, der Königlichen Bibliothek zu Haag und anderen vorfinden.

Von deutschen Hochschulen

Königsberg i. Pr.

Der Lehrstuhl der Pharmakologie an der Universität Königsberg i. Pr. ist Dr. Fritz Eichholtz in Elberfeld angeboten worden. Dr. Eichholtz, der aus Lippstadt i. W. gebürtig ist, war Schüler von Max Verworn und Paul Trendelenburg und habilitierte sich 1924 für das Fach der Pharmakologie in Freiburg i. B., wo er zugleich bei Prof. Paul Trendelenburg als erster Assistent am pharmakologischen Institut tätig war. Seit 1926 wirkt Eichholtz in Elberfeld.

Göttingen.

Dem Privatdozenten in der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen, Dr. Wolfgang Krause, ist ein Lehrauftrag zur Vertretung der keltischen Philologie erteilt worden. Der besonders auf dem Gebiete der altindischen, altisländischen und altirischen Philologie sachwissenschaftlich tätige Indogermanist ist 1896 in Berlin-Steglitz geboren. Er studierte in Berlin und Göttingen, besonders unter Jakob Wackernagel, Wilh. Schulze und Ed. Hermann. Im Sommer 1923 erwirkte Krause seine Zulassung als Privatdozent für vergleichende Sprachwissenschaft an der Göttinger Universität mit einer Schrift „Die Frau in der Sprache der altisländischen Familiengeschichte".

Rostock.

Der Privatdozent Dr. jur. Erik Wolf in Heidelberg hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Strafrecht, Strafprozeßrecht und Zivilprozeßrecht an die Universität Rostock als Nachfolger des verstorbenen Geh. Justizrats Wachenfeld erhalten. Wolfs Veröffentlichungen betreffen Strafrecht, Rechtsphilosophie. Sozologie. Geboren 1902 in Biebrich am Rhein, studierte Wolf in Frankfurt und Jena besonders unter M. E. Meyer, F. W. Jerusalem und A. Graf zu Dohna. 1924/25 war Wolf Assistent bei Professor Dohna, später Assistent der Heidelberger juristischen Fakultät (Bibliothekar des Seminars) und habilitierte sich im Februar 1927 in der genannten Fakultät für Strafrecht und Rechtsphilosophie. Gleich darauf wurde er mit der Abhaltung von Vorlesungen an der Universität Kiel beauftragt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192806271-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 27. Juni.

Keine Verbannung der Choräle aus den Schulen

Eine Erklärung des Kultusministers.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung weist mit Nachdruck darauf hin, daß es nicht beabsichtigt sei, durch die Richtlinien für den Musikunterricht an Volksschulen das einstimmige geistliche Lied oder Kirchenlied aus dem Musikunterricht in den Volksschulen zu verdrängen; vielmehr geben die Richtlinien angemessenen Raum für die Pflege und Förderung des geistlichen Gesanges innerhalb der Schule. In den neuzeitlichen Liedersammlungen sei geistliches Liedergut durchweg sehr stark berücksichtigt worden. — Unser Volk will seine deutschen Choräle nicht entbehren!

Die schönsten Blumenboote nach Ansicht des Publikums

Nachklang zum Wasserkorso.

Das Publikum hat sich dem Preisrichteramt für den Wasser-Blumenkorso mit großem Eifer gewidmet. Das Ergebnis deckt sich zum Teil mit dem Urteil des Halleschen Wirtschafts- und Verkehrsverbandes. Die Preisträger sind folgende:

1. Preis: Boot Nr. 18, Herr Heinrich Oster, (Frühlingsfahrt), Frühstückskorb, gestiftet von der Firma Pottel & Broskowski;

2. Preis: Boot Nr. 6, Geschwister Petrich, (Drei rote Rosen), Pokal, gestiftet vom Halleschen Wirtschafts- und Verkehrsverband, e. V.;

3. Preis: Boot Nr. 12, Herr Werner Diedrich (Radio), Schale, gestiftet von der Firma Wratzke & Steiger, Juweliere;

4. Preis: Boot Nr. 4, Verein der Altpreußen (Altpreußen), Pokal, gestiftet vom Hall. Wirtschafts- und Verkehrsverband;

zwei 5. Preise: Boot Nr. 38, Herr Paul Knittel (Windmühle), Boot Nr. 28, Herr Wilhelm Frantz, Reideburg (Kornblume), je 1 Becher, gestiftet vom Hall. Wirtschafts- und Verkehrsverband;

6. Preis: Boot Nr. 20, Herr P. Spaarmann (Wochenend), Taschenlampe, gestiftet von der Firma K. Schneider, Optiker.

Im Badewannen-Rennen, das ebenso wie das Fischerstechen vom Verein für Kanusport Halle, durchgeführt worden ist, erreichte als erster das Ziel Herr Kurt Rebe, Halle. Zweiter wurde Herr Fritz Pfeiffer, Halle.

1. Preis: eine Schale, gestiftet von der Firma G. Dunker, Juwelier;

2. Preis: ein Becher, gestiftet vom Hall. Wirtschafts- und Verkehrsverband.

Im Fischerstechen siegte die Mannschaft Steglich-Pfeiffer. Preis: 2 Pokale, gestiftet vom Hall. Wirtschafts- und Verkehrsverband.

Wen interessieren Bucheinbände?

Donnerstag Führung durch die Ausstellung im Roten Turm.

Die Leitung der Reichs-Wanderausstellung von Bucheinbänden im Roten Turm gibt bekannt, daß am Donnerstag, nachmittags 6 Uhr, eine öffentliche Führung stattfindet. Der Leiter der Einbandwerkstätten der hiesigen Kunstgewerbeschule, Herr Otto Pfaff, wird, wie bisher, bei dieser Gelegenheit über das Wesen des Handeinbandes sprechen. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß diese Ausstellung letztmalig am Sonntag, den 1. Juli, von 10—1 Uhr, geöffnet ist. Die Ausstellung nimmt bekanntlich eine Wanderung durch deutsche Städte und soll am 12. Juli bereits in Breslau eröffnet werden. Ein Besuch sei daher dringend empfohlen.

Worüber wir uns ärgern

Stimmen aus dem Publikum.

Naivität oder Verbildung?

Als Inhaber eines Ladens ist man schon allerhand „Scherze" und Anforderungen des lieben Publikums gewohnt; nachstehender Fall dürfte es aber wert sein, aufgezeichnet zu werden.

Kommt da eines Tages bei schönstem Wetter eine besser gekleidete Dame mittleren Alters und bittet um Einsichtnahme des Adreßbuches. Der Geschäftsinhaber bemüht sich selbst, findet die Adresse und nun geht's los: „Können Sie mir das nicht aufschreiben?" „Gut, hier, Müllerstraße 358." — „Wo ist denn die Müllerstraße?" — „Die ist gar nicht weit von hier, Sie gehen diese Straße vor, biegen dann rechts in die H.-Straße, gehen weiter, bis Sie auf die Müllerstraße, eine Querstraße rechts, kommen." — „Ja, kann ich denn da nicht hinfahren?" — „Gewiß, gnädiges Fräulein, Sie können auch hinfahren." — „Sie gehen dann bis zur H.-Straße, Haltestelle der Straßenbahn Nr. 9, und fahren dann ziemlich bis hin." — Nach endlosem Suchen in allerhand Taschen und Täschchen — „nun habe ich kein Geld." — „Würden Sie mir 15 Pf. Fahrgeld leihen?" — „Ja, aber gnädiges Fräulein, ich kenne Sie ja gar nicht, dann können Sie doch hinlaufen, es ist doch nicht weit." — „Wenn Sie mir den Weg aufzeichnen wollten? Oder, hier habe ich Schokolade, brechen Sie sich etwas davon ab und geben Sie mir die 15 Pf.!?!" — — Das Gelächter eines neueintretenden Käufers und die ablehnende Antwort des geplagten Kaufmanns vertrieben endlich die gänzlich fremde „freundliche" Dame! — — X. Y.

— **Vom Neubau abgestürzt.** Dienstag mittag um ½3 Uhr stürzte von einem Neubau in der Mozarttraße ein Maurerlehrling ab. Hierbei sog er sich einen doppelten Beinbruch und einen Bruch des rechten Handgelenkes zu. Der Verunglückte wurde sofort in ärztliche Behandlung gebracht.

— **„Weinberg".** In den beiden Mittwochs-Konzerten kommen alte und neue Operetten und Walzer zum Vortrag. Abends Tanz im renovierten Saal. Donnerstag Extra-Konzert vom Gerlach-Orchester.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Don Gil von den grünen Hosen" (8).

Walhalla: Welstadt-Varieté-Programm mit Gastspiel „Glazeroffs Kunst-, Gesangs- und Tanzrevue" (8).

C. T. am Riebeckplatz: „Almenrausch und Edelweiß" und Gastspiel der Seidelsänger (4, 6.10, 8.15).

C. T. Große Ulrichstraße: „Wenn ein Weib den Weg verliert" (4, 6.10, 8.15).

Ufa Alte Promenade: „Das Ladenmädel" (4, 6.15, 8.20).

Ufa Leipziger Straße: „Im Wirbel der Weltstadt" 4, 6.15, 8.20).

Schauburg: „Einbruch" (4.30, 6.30, 8.30).

Modernes Theater: Blatzheim in „Knock-Out" (8).

Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).

Kochs Künstlerspiele: Das glänzende Juniprogramm (8).

Haus Dietrich Kasino: „Possart-Band".

Achtung: Starkstrom!

Jeder 50. Betriebsunfall durch elektrischen Strom — Wie ist die Wirkung, wie die Behandlung?

I.

Im Jahre 1900 kam auf mehr als 500 Betriebsunfälle mit tödlichem Ausgang nur einer, der vom elektrischen Strom verursacht war, heute fällt jeder fünfzigste zu Lasten dieses Betriebsmittels. Diese gewaltige Zunahme ist nicht etwa durch mangelhafte Sicherheitsmaßnahmen oder zunehmende Leichtfertigkeit verschuldet, sondern durch die ungeheure Verbreitung, die der elektrische Strom als Kraftquelle gefunden hat.

Außerdem ist eine

Erhöhung des Gefahrmoments

auch in der Steigerung der Stromstärken, mit denen heute gearbeitet wird, zu suchen. Aus technisch-ökonomischen Gründen liefern die Riesendynamos der Ueberlandzentralen Strom von einer Spannung, die weit über das Maß dessen, was als Licht- oder Kraftquelle benötigt wird, hinausgeht. Die Drosselung, Umformung, auf die für den Betrieb von Motoren und Lichtanlagen geeigneten Spannungen geschieht erst am Orte der Verwendung. Wenn auch, wie später gezeigt werden wird, die tödliche Wirkung des elektrischen Stromes in keinem direkten Verhältnis zu seiner Spannung steht, ist die Gefährlichkeit der Hochspannungsleitungen keinesfalls zu unterschätzen, besonders schon deshalb nicht, weil isolierende Schutzmaßnahmen, die normal gespannten Strömen ein unüberwindliches Hindernis bieten, gegen hochgespannte Ströme oft keinen genügenden Schutz bieten.

Die beiden Stromarten, die als Kraftquellen in Betracht kommen, sind der Gleichstrom, der den Stromkreis immer in gleicher Richtung durchläuft und der Wechselstrom, der in ununterbrochener schneller Folge seine Richtung hin- und herwendet. Experimentell konnte nachgewiesen werden, daß die unterste tödliche Stromstärke bei Gleichstrom viermal größer als bei dem Wechselstrom ist. Da aber bei Betriebsunfällen fast immer mit der Einwirkung eines Vielfachen der gerade noch als tödlich ermittelten Stromstärke zu rechnen ist, ist die praktische Bedeutung dieses Befundes nur gering. Keinesfalls reicht sie aus, um der einen Stromart aus Gründen der Unfallverhütung vor der anderen den Vorzug zu geben.

Von viel größerer Bedeutung ist es, zu betrachten, welche Stromspannungen schon tödlich wirken können, welche unbedingt tödlich wirken müssen. Nach allen bisherigen Erfahrungen namentlich auch nach den soeben erschienenen interessanten Ausführungen von Pietrusky, Breslau, ist die Beantwortung dieser selbstverständlichen Frage außerordentlich schwierig. Man kann nur sagen, daß wahrscheinlich schon Spannungen von nur etwa 60 Volt tödliche Unfälle verursachen können, während unter Umständen Tausende zu selbst Hunderttausende Volt den Körper schadlos passieren können. Für

die gefährliche Wirkung

kommt nämlich außer der Voltzahl, das ist der von der Kraftquelle gelieferten elektromotorischen Spannung, auch die in Ampère ausgedrückte Stromstärke in Frage. Diese ist jedoch kein absoluter Wert, sondern sie steigt einerseits mit der von der Maschine gelieferten elektromotorischen Kraft (Volt) an und sinkt andererseits mit den im Stromkreis befindlichen Widerständen (Ohm). Ebensowenig wie für die Spannung können für die Stromstärke zahlenmäßige Grenzen der Ungefährlichkeit oder tödlichen Wirkung festgelegt werden. Ausschlaggebend für das Zustandekommen der Unfälle durch Strom scheint vielmehr das Verhältnis der beiden Faktoren zueinander zu sein. Erfahrungen und Versuche sprechen dafür, daß Spannungen von 220 bis 440 Volt bei einer Stromstärke von nur 0,1 Ampère tödliche Unfälle hervorrufen können, während andererseits 30 000 Volt bei 4 Ampère unter Umständen vertragen werden.

Für die Praxis geht aus dieser sehr großen Verschieblichkeit der Grenzen folgendes hervor:

Bricht das Opfer eines elektrischen Unfalles besinnungslos ohne wahrnehmbaren Puls und Atmung zusammen, so haben alle theoretischen Erörterungen zu schweigen. Keinesfalls darf Kenntnis der hohen „unbedingt" tödlichen Spannung des den Unfall verursachenden Stromkreises dazu verführen, den Fall als hoffnungslos anzusehen.

Die gleichen

Wiederbelebungsversuche,

wie bei der Rettung Ertrunkener künstliche Atmung und Herzmassage, müssen unter allen Umständen stundenlang fortgesetzt werden. Tatsächlich hat der unermüdliche Eifer der Arbeitsgenossen auf diesem Wege schon Menschenleben gerettet, die nach dem Urteil physikalischer und medizinischer Wissenschaft als rettungslos aufgegeben waren.

Es hat sogar, so erstaunlich dies zunächst klingen mag, fast den Anschein, als ob die Rettungsaussichten nach Unfällen durch hochgespannte Ströme günstiger sind, als nach solchen durch Ströme mittlerer Spannung. Erstere haben die Eigenschaft, blitzartig zu betäuben und Herzstillstand hervorzurufen, Zustände, die nach Unterbrechung der Stromwirkung von selbst oder unter den geschilderten Wiederbelebungsmaßnahmen schwinden können. Ströme mittlerer Spannung können das Herz in den Zustand des Flimmerns, des ungeordneten, zwecklosen Leerlaufes versetzen, aus dem die Zurückführung zur normalen Tätigkeit oft nicht gelingt.

Die beabsichtigte Tötung durch elektrischen Strom, die Hinrichtungsmethode der U. S. A., macht von diesem Verhalten Gebrauch, indem sie durch den Körper des Delinquenten zuerst einen schnell betäubenden Strom von 1800 Volt sendet und dann ihr trauriges Werk mit einem solchen von 800 Volt beendet.

Selbstverständlich spielt für den Ausgang auch die Dauer der Stromeinwirkung eine Rolle. Die Aussichten des Betroffenen, der eine Leitung berührt, sofort zusammenbricht und damit den Strom unterbricht, sind günstiger als die desjenigen, dessen Körper längere Zeit vom Strom durchlaufen wird. In diesen besonders unglücklichen Fällen, in denen der Verunglückte längere Zeit dem Stromdurchgang ausgesetzt ist, kann jedoch bisweilen

ein eigenartiger Selbstschutz

rettend eintreten: Der Strom, der an Ein- und Austrittsstelle mehr oder minder starke verbrennungsartige Gewebsschädigungen erzeugt, ruft häufig eine vollkommene Verkohlung der betroffenen Hautpartie hervor. Die so aus Körpergewebe gebildete Kohleschicht wirkt als Isoliermaterial und schützt den Körper durch Stromunterbrechung vor einer längeren Einwirkung. **Dr. Th. A. Maass.**

(Ein Schlußaufsatz folgt.)

Turnen, Spiel und Sport

Deutsche Schwimm-Meisterschaften 1928

Zugleich Ausscheidungskämpfe für Amsterdam.

Der Deutsche Schwimmverband bringt diesmal seine Deutschen Meisterschaften bereits viel früher zum Austrag als gewöhnlich, da sie in diesem Jahre zugleich Ausscheidungskämpfe für die olympischen Spiele in Amsterdam sind. Sie kommen daher schon in den Tagen vom 13. bis 15. Juli zur Durchführung. Die Vorbereitungen für das Verbandsfest hat der Berliner Schwimmverein von 1878 übernommen, der als ältester deutscher Schwimmverein in diesem Jahre sein 50-jähriges Jubiläum feiern kann. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, seinen Gästen den Aufenthalt in der Reichshauptstadt so angenehm wie möglich zu machen. Damit die Entscheidungskämpfe für die olympischen Spiele unter den gleichen Bedingungen wie in Amsterdam stattfinden können, mußte das Stadion in Berlin-Grunewald einem Umbau unterzogen werden. Das ursprünglich 100 Meter lange Becken weist jetzt eine 50-Meter-Bahn, in der Mitte liegend, auf. Von der Zuschauertribüne zur Rechten ist der Sprungturm, auf der anderen Seite ein Lehrbecken.

Die Wettkämpfe erstrecken sich infolge der Erweiterung des sportlichen Programms auf Beschluß des Verbandstages in Hamburg auf drei Tage und beginnen daher schon am Freitag. An jedem Vormittage werden die Vorkämpfe, an jedem Nachmittage die Entscheidungen ausgetragen. Von den gesellschaftlichen Veranstaltungen seien besonders am Freitag mittag die Grundsteinlegung des Deutschen Schwimmverbandshauses im Sportforum zu Berlin-Grunewald sowie der Begrüßungsabend und Festakt zum goldenen Vereinsjubiläum im Stadtverordnetensaale des altehrwürdigen Rathauses erwähnt. Am Abend winkt den Kameraden ein Unterhaltungsabend im Minnesängersaal des Restaurants Bayernhof in Gestalt eines Kommerses. Der Sonntag ist für die Preisverteilung und den Jubiläumsball im großen Festsaal der „Kammerspäle" vorgesehen. Für die Schlachtenbummler kommen dann die Erholungsstunden am Montag in Gestalt einer Autorundfahrt mit anschließender Mittagstafel auf der Abtei. Eine Motorbootfahrt führt dann die Gäste zum Sportplatz „Jung Arthur", wo sie noch einige fröhliche Stunden bei einem Gartenfest verbringen sollen.

Tennis-Länderkampf Oesterreich—Rumänien

Das traditionelle Tennis-Wettspiel Oesterreich—Rumänien wird in diesem Jahre im Rahmen des internationalen Turniers in Pörtschach am Wörthersee durchgeführt werden. Das Turnier beginnt am 11. August und sieht neben Oesterreichern und Rumänen auch ungarische Spieler am Start.

Dom grünen Rasen

Dern II ist aus dem Internationalen Jagdrennen im Grunewald am 13. Juli gestrichen worden. Danach scheint sich die Meldung zu bestätigen, nach der der Hengst nicht ganz heil aus dem Kronen-Preis in Karlshorst zurückgekehrt ist. Schade, daß wir gegen erstklassige französische Steepler auf unsere schärfste Waffe verzichten müssen.

Contessa Maddalona wurde im internationalen Fliegerrennen, am 11. Juli in Hoppegarten, stehen gelassen. Es ist also damit zu rechnen, daß die Stute laufen wird. Dagegen wurde sie aus [illegible] St. Simon-Rennen am Sonntag, dem 15. Juli, im Grune[illegible]rsichen, da der Stall der großen Stute nach der Arbeitsunter[illegible]ung ein Duell mit Oleander ersparen will.

Aus aller Welt

Fünf Personen an Pilzvergiftung gestorben

(Telegraphische Meldung.)

Budapest, 25. Juni.

Wie aus Kaposvar gemeldet wird, sind dort acht Personen nach dem Genuß von Pilzen unter Vergiftungserscheinungen schwer erkrankt. Fünf Kranke sind bereits gestorben. Die übrigen drei schweben in Lebensgefahr. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Pilze von Zigeunern verkauft worden waren. Auf dem Markt ist der Handel mit Pilzen verboten worden.

Postraub auf der früheren „Vaterland"

Werte von zwei Millionen gestohlen.

(Telegraphische Meldung.)

London, 25. Juni.

Nach der Ankunft des Ozeandampfers „Leviathan", der früheren deutschen „Vaterland", in Southampton ist ein umfangreicher Postraub aufgedeckt worden, wonach Wert- und Schmuckfachen im Werte von etwa zwei Millionen Mark gestohlen wurden. Bei der Postsortierung stellte sich heraus, daß, obwohl die Siegel der Postsäcke nicht berührt waren, der Inhalt beraubt und Scheds, Banküberweisungen, Schatzscheine und Banknoten im Werte von mehreren Tausend Pfund gestohlen worden waren. Man vermutet, daß der Diebstahl bereits vor der Abfahrt des Dampfers in New York erfolgt ist.

Enthüllung des Immelmann-Denkmals in Dresden

In Anwesenheit der Mutter des Fliegers.

Dresden, 25. Juni.

Im Urnenhain des Tolkewitzer Krematoriums fand Sonntag vormittag die Enthüllung des Denkmals für den gefallenen Kampffliegerleutnant Max Immelmann statt. Zur Feier war neben zahlreichen Offizieren der alten Armee und Reichswehr und Vertretern von Behörden und Verbänden auch die Mutter Immelmanns sowie sein Bruder gekommen. Nach Einweihung des Denkmals durch Pfarrer Dr. Kaugsch übergab Major a. D. Rosenmüller für den Verein Dresden des Deutschen Luftfahrtverbandes und für den Bund Deutscher Kriegsflieger und -beobachter das Ehrenmal in die Obhut der Stadt Dresden, in deren Namen es Oberbürgermeister Dr. Blüher übernahm. Eine Kranzniederlegung bildete den Beschluß der Feier.

Startverbot für Thea Rasche

Weil sie sich an neue Geldgeber gewandt hat.

(Telegraphische Meldung.)

Newyork, 25. Juni.

Die früheren Geldgeber Thea Rasches haben durch die Newyorker Gerichtsbehörde eine einstweilige Verfügung erreicht, wonach Thea Rasche vorläufig nicht zum Ozeanflug starten darf, weil die Fliegerin das Abkommen mit ihnen verletzt habe, indem sie sich an neue Geldgeber gewandt habe. Das Gericht wird erst endgültig darüber entscheiden, ob die Gerichtsverfügung in Kraft bleiben soll.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinschenk.
Verantwortlich für Politik: Otto Friedrich; für Lokales, Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Reinsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Doering; für den Provinzteil: i. V.: Ludwig Rebe. Für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192806271-16/fragment/page=0003

Landwirtschaft – Handel – Industrie

Dem Zehn-Milliarden-Sozialetat entgegen!

Den Aufwendungen entsprechen nicht die Leistungen

Wenn man in der Ueberschrift eine für ein verarmtes Volk unglaublich erscheinende Behauptung aufstellt, dann ist man zunächst den Beweis dafür schuldig. Die Gesamtaufwendungen Deutschlands für Sozialpolitik im Jahre 1927 stellen sich nachfolgend:

Sozialversicherung	4700	Millionen Mark
Sozialausgaben im Reichstetat .	3000	„ „
Sozialausgaben der Gemeinden	1000	„ „
zusammen:	8700	Millionen Mark

Also insgesamt betrugen die sozialen Aufwendungen in 1927 fast 9 Milliarden Mark. Rechnet man hierzu aber noch die z. T. schwer kontrollierbaren Sozialaufwendungen von den übrigen öffentlichen Instituten, dann wird die Gesamtausgabe des deutschen Volkes für öffentlich-sozialpolitische Zwecke in 1927 kaum unter der 10-Milliarden-Grenze bleiben. Nach dem gegenwärtigen Stande der sozialpolitischen Gesetzgebung, jetzt Mitte 1928, dürfte der 10-Milliarden-Sozialetat erheblich überschritten sein.

Legen wir aber auch nur den oben für 1927 errechneten Sozialetat von 8,7 Milliarden Mark zugrunde, dann heißt das, daß jeder erwerbstätige Deutsche im Jahre 1927 etwa 435 Mark Sozialausgaben hat direkt tragen müssen. Um nun eine richtige Vorstellung von dem Irrweg unserer Sozialpolitik zu erhalten, ist es nötig, die Sozialbilanz in einen Vergleich zum deutschen Volkseinkommen zu setzen, d. h. zu der Gesamtsumme der jährlich in Deutschland insgesamt erzeugten Güterwerte. An zuverlässigen Schätzungen aus den letzten Jahren haben wir vor allem drei Angaben aufzuweisen. Der Reichsverband der deutschen Industrie schätzt das deutsche Volkseinkommen auf 43 bis 48 Milliarden, die Spitzenverbände der freien Gewerkschaften kommen auf 52 bis 60 Milliarden und das Statistische Reichsamt kommt auf 50 bis 55 Milliarden. Mit der Höchstsumme des Statistischen Reichsamtes von 55 Milliarden Mark ist das deutsche Volkseinkommen sicher nicht zu niedrig angegeben. Bei einem Sozialetat von 9 bis 10 Milliarden bedeutet das, daß

½ bis ¾ des Arbeitslohnes für Zwecke der Sozialversicherungen zurückbehalten wird.

Da nun ein erheblicher Teil des deutschen Volkseinkommens zu direkten Soziallasten überhaupt nicht herangezogen werden kann, so müssen die direkten Arbeitseinkommen stärker belastet werden. In der Tat liegen die Dinge in der Praxis so, daß durchschnittlich 15 bis 18 Prozent des Arbeitslohnes als Sozialbeiträge der verschiedensten Art zurückbehalten werden. Im Durchschnitt erhält der deutsche Arbeiter und Angestellte nicht mehr als etwa drei Viertel seines Bruttolohnes ausgezahlt.

Die direkten Verwaltungskosten der deutschen Sozialversicherung stellen sich für 1927 auf 609 Millionen Mark. Die indirekten Verwaltungskosten usw. sind mindestens ebenso hoch, so daß die jährlichen

Verwaltungskosten für die deutsche Sozialversicherung sich allerminbestens auf 1,2 Milliarden Mark stellen.

Grundlegend ist die Tatsache, daß bei einem gesamten Volkseinkommen Deutschlands in Höhe von 55 Milliarden allein 10 Milliarden als Sozialaufwendungen der Wirtschaft entzogen worden sind, sie sind einmal zum Teil dem Arbeitgebertum entzogen worden, das dafür teure Auslandskredite hineinnehmen mußte, und zum andern ist die Kaufkraft und Lebenshaltung des deutschen Arbeiters und Angestellten erheblich geschwächt und verschlechtert worden. Hierin liegt auch zum Teil die Lösung der viel gestellten Frage, weshalb Deutschland nicht annähernd den Lebensstandard des amerikanischen Volkes erreichen kann, weshalb die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters so erheblich unter dem Niveau des amerikanischen Arbeiters liegen muß. Entsprechend der Größe der Bevölkerung und der Wirtschaftskraft des Landes müßte Amerika nach dem Maßstabe der deutschen Sozialpolitik jährlich 25 bis 30 Milliarden Mark für Sozialaufwendungen ausgeben. Wer amerikanische Verhältnisse kennt, der weiß, daß jeder, der in Amerika solche Politik befürworten würde, als reif für ein Irrenhaus gelten würde. Der amerikanische Arbeiter würde sich für eine solche Sozialpolitik nach deutschem Muster schön bedanken. Würde aber Amerika sich tatsächlich entschließen, eine Sozialpolitik oder „Arbeiterwohlfahrtspflege" nach unserem Muster durchzuführen, dann würde mit unerbittlicher Konsequenz innerhalb 3 bis 4 Jahren die Lebenshaltung des gesamten amerikanischen Volkes auf den deutschen Standard gesunken sein.

In fast allen wirtschaftlich vorwärtsstrebenden Ländern beobachten wir einen planmäßigen und verständigen Abbau übertriebener Sozialbelastungen. In Deutschland dagegen sehen wir eine schnelle

Entwicklung zum Rentnerstaat.

Die Jagd nach der Rente wird Selbstzweck. Hand in Hand mit einem unheimlichen Anschwellen der Rentneziffern geht die traurige und fast verbrecherische (aber durch die Sozialpolitik geförderte) Tatsache, daß eine erdrückende Zahl von Rentenempfängern noch nebenher volle und gut entlohnte Arbeit leistet. Auf Grund des neuen Knappschaftsgesetzes sind die Aufwendungen in der knappschaftlichen Pensionsversicherung von 75 Millionen Mark in 1913 auf 215 Millionen Mark in 1927 gestiegen. Der Bestand der Rentner in der Arbeiter-Pensionskasse stieg von 80 000 in 1924 auf 120 000 Mark in 1926. Noch ungünstiger liegt das Verhältnis bei den Angestellten. 1924 waren es 3500 Rentner, 1926 dagegen 5500 Rentner. Mit Recht bemerkt hierzu Dr.-Ing. Platschek-Halle: „Es ist selbstverständlich, daß eine gesundheitliche Verschlechterung der Lebensbedingungen dazu nicht den Anlaß gab, daß vielmehr die verlockenden Annehmlichkeiten der Rente eine große Rolle spielen müssen." — Daß die Arbeiterschaft selbst nur mit großer Entrüstung diese amtlich geförderte abwegige Sozialpolitik verfolgt, geht aus nachfolgender Veröffentlichung aus bergbaulichen Kreisen hinreichend deutlich hervor: „So nimmt es nicht Wunder, daß die Aufwendungen für die Sozialpolitik heute im Bergbau bereits die Grenze von 30 Prozent des Bruttolohnes überschritten haben . . . Dieser Umstand hat nicht nur eine unerträgliche Belastung der Produktionskosten im Bergbau, sondern auch in steigendem Maße den Unwillen der Versicherten gezeitigt, denen die knappschaftliche Versicherung, 15 und mehr Prozent ihres Lohnes abnimmt. Der fleißige Arbeiter fragt sich mit Recht, ob diese Anforderungen an seine Arbeitskraft „zugunsten einer entarteten Sozialversicherung noch berechtigten Sinn haben kann."

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" veröffentlicht aus Arbeiterkreisen eine Zuschrift, in der es u. a. heißt: „So etwas an Wohlfahrt gibt es in der ganzen Welt nicht mehr. Ist Deutschland Schrittmacher?" Nein, in diesem Vorbilde ungesunder Verbeugungen vor der Straße wird uns das Ausland sicher nicht folgen. Berechtigte Wohlfahrt in allen Ehren, aber was wir heute sehen, ist das gerade Gegenteil von wohlverstandener Sozialfürsorge. Und wer bezahlt dies alles? Vor allem die fleißigen, strebsamen, pflichtbewußten Arbeiter. Jede Woche wird ihnen ein nicht unerheblicher Prozentsatz an ihrem sauer verdienten Lohne abgezogen für diese „Wohlfahrtspflege". Sie müssen ihren Kindern das Stück Brot kleiner schneiden, um andere mit durchzufüttern, die zum Teil das Arbeiten längst verlernt haben, zum Teil Schwarzarbeit betreiben und obendrein die Unterstützung beziehen. Wir haben durch diese ungesunde „Wohlfahrtspflege mit parteipolitischem Hintergrunde das Faulenzertum geradezu großgezogen!"

Nis Petersen, Berlin.

Systematische Beobachtung Deutschlands durch seine Gläubiger

Ende Mai haben wir an dieser Stelle unseres Blattes einen Vortrag von Rufus C. Dawes, dem Bruder des Dawes-Plan-Verfassers, besprochen. Heute nun geht uns ein Schreiben der Redaktion der Zeitschrift „Der Dawesweg", Berlin W 8, Charlottenstraße 58 (erscheint auch in französischer und englischer Sprache) zu, in dem wir um Uebersendung von Belegexemplaren gebeten werden, da die Redaktion Herrn Dawes alle deutschen Zeitungen, die den Artikel übernommen haben, zustellen." — Mit Neid muß man diese fabelhafte Organisation der Uebermittlung von Nachrichten und Stimmungsberichten aus der ganzen Welt feststellen. Man versteht nun auch, warum diese Kreise immer so tadellos über die Wirtschafts-Vorgänge in Deutschland unterrichtet sind. Hier wird nicht Gefühlspolitik getrieben — wie leider so oft bei unserer Stellung zum Ausland —, sondern auf Grund genauester Informationen gearbeitet, hier denkt man in Continenten und Wirtschaftsepochen, hier endlich wird für die wirtschaftliche Machtentfaltung Amerikas ein gewaltiges Fundament errichtet. Auf solche Ziele deutet auch der Titel der genannten Zeitschrift: „Eine internationale Zeitschrift für die Besprechung internationaler Wirtschaftsfragen, des Dawes-Vertrages, der Lösung der interalliierten Schuldenfrage, für Errichtung eines Wirtschaftsweges von West nach Ost". Schärfste Objektivität und abgeklärtes Urteil sieht aus jeder Seite der reichhaltigen Zeitschrift, die sich durchaus nicht nur mit den Deutschen, sondern mit Nachkriegsfragen aller Länder beschäftigt. — Wann werden wir imstande sein, in diesem geistigen Ringen, dem nun die materielle Beherrschung der Welt unmittelbar folgen wird, mit gleichen Kräften aufzutreten?

Sind Werkvereine tariffähig?

Es liegen mehrere Urteile von Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten vor, die die Vertretungs- und Tariffähigkeit der werksgemeinschaftlichen Arbeitnehmerbewegung bejahen. Nunmehr konnte aber der Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine vor dem Landesarbeitsgericht Bielefeld in der Frage der Gültigkeit eines Werkstarif ein neues Urteil erzielen, das von größter Bedeutung ist.

Der Tatbestand ist folgender: Bei der Fa. Gustav Wilmking, Kommanditgesellschaft, in Gütersloh hatte sich im Februar 1927 ein Werkverein unter Anschluß an den Reichsbund vaterländischer Arbeiter- und Werkvereine gegründet, dem die gesamte Belegschaft fast restlos beitrat. Der Werkverein hatte die von einer Spitzenorganisation ausgegebene Musterfatzung angenommen, in deren § 2, Ziff. 4 gesagt wird, daß neben anderen Zwecken und Aufgaben der Werkverein für gute Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Werkstarife und auf der Grundlage des Leistungslohnes einzutreten hat.

Am 18. November 1927 schloß der Werkverein mit der Firma einen Rahmentarif, ein Lohnabkommen und zwei Arbeitszeitabkommen ab. Im Februar 1928 teilte das Gewerbeaufsichtsamt in Bielefeld auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Minden der Beklagten mit, das Arbeitszeitabkommen sei ungesetzlich, da der Werkverein nicht tariffähig sei. Daraufhin hat die Firma sämtliche mit dem Werkverein abgeschlossenen Verträge gekündigt und erklärt, sie werde nunmehr gemäß dem Tarifvertrag die Arbeiterschaft entlohnen. Hiergegen erhob der Werkverein Klage unter dem Hinweis, daß hierdurch seinen Mitgliedern ein wöchentlicher Schaden von etwa 600 RM. entstände. Das Arbeitsgericht Bielefeld hat durch Urteil am 2. März 1928 die Klage abgewiesen. Es bejahte zwar grundsätzlich die Tariffähigkeit der Werkvereine, stellte sich aber auf den Standpunkt, daß dem klagenden, nur aus 100 bis 120 Mitgliedern bestehenden Werkverein die zur Bejahung der Tariffähigkeit im Einzelfalle notwendige, „bis zur finanziellen Kampffähigkeit gesteigerte Selbständigkeit" fehle.

Gegen das Urteil des Arbeitsgerichts legte der Werkverein Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht Bielefeld gab dem Klageantrag statt und erkannte für Recht: „Auf die Berufung der Klägerin wird das Urteil des Arbeitsgerichts in Bielefeld vom 2. März 1928 abgeändert: Es wird festgestellt, daß der zwischen den Parteien abgeschlossene Rahmentarif nebst Lohnvereinbarung und Arbeitszeitabkommen rechtsverbindlich ist.

In der Urteilsbegründung stellt das Landesarbeitsgericht als Ergebnis der richterlichen Untersuchung fest, daß die Tariffähigkeit der Klägerin zu bejahen sei. Demgemäß sei der klagende Werkverein nach § 5 Abs. 1 des Arbeitszeitnotgesetzes vom 14. April 1927 auch berechtigt, die von dem Gewerbeaufsichtsamt in Bielefeld beanstandeten beiden Arbeitszeitabkommen rechtswirksam abzuschließen.

Wir berichten im Auszug:

Deutscher Bankertag in Köln. Der 7. Allgemeine Deutsche Bankertag findet vom 9.—12. Sept. in Köln statt. Das Verhandlungsthema des ersten Tages lautet: „Deutschlands Finanzwirtschaft zu Beginn des fünften Jahres des Dawesplanes". Berichterstatter sind Geheimer Komm.-Rat Dr. Louis Hagen, Köln, Hans Fürstenberg, Berlin, und Dr. Georg Eberstadt, Hamburg. Am zweiten Verhandlungstage sollen die Entwicklungstendenzen in der deutschen Wirtschaft und ihr Einfluß auf die Kapitalbildung erörtert werden. Berichterstatter sind Jakob Goldschmidt, Berlin, Konsul Harney, Düsseldorf, und Leopold Merzbach, Frankfurt a. M. Am letzten Verhandlungstage wird die Lage der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für das Bankgewerbe zur Beratung stehen. Berichterstatter sind Dr. Georg Solmssen, Berlin, Dr. Eduard v. Eichborn, Breslau, und Geheimrat Bonschab, München. Schließlich wird noch Rechtsanwalt Otto Bernstein, Berlin, über „Legitimen und unzulässigen Wettbewerb im Bank- und Kreditverkehr" sprechen.

Neue Methoden der Finanzstatistik. Der Reichsrat hat der vom Reichsminister der Finanzen vorgelegten Verordnung über die Finanzstatistik zugestimmt. Die Vorlage bringt eine wesentliche Erweiterung der bisherigen Arbeiten auf dem Gebiete der statistischen Erfassung und der Publizität in der Finanzgebahrung der öffentlichen Körperschaften. Gleichzeitig ist für die Vereinfachung der Statistik und für eine Beschleunigung Sorge getragen worden. Die Statistik umfaßt nunmehr zunächst Jahresaufstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) mit genauen Uebersichten über die Steuereinnahmen. Die Statistische Erfassung geht bis zu den kleinsten Gemeinden herunter und ist besonders für die großen Gemeinden von mehr als 100 000 Einwohnern ausführlich gehalten. Diese Jahresüberschichten werden durch laufende Mitteilungen über die Einnahmen aus Steuern ergänzt, die für die Länder und für die Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern monatlich, für die Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern herunter und die Gemeindeverbände vierteljährlich, im übrigen jährlich vorliegen werden. Zu dieser Statistik der Einnahmen und Ausgaben tritt eine Statistik über den Schuldenstand der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände). Die Erhebung, die erstmalig nach dem Stande vom 31. März 1928 erfolgt, wird durch Uebersichten über die Veränderungen im Schuldenstande fortlaufend ergänzt. Eine weitere Neuerung soll die Vergleichbarkeit der öffentlichen Haushaltsführung von Reich, Länder und Gemeinden über 50 000 Einwohnern erhöhen. Zu diesem Zwecke werden den Haushaltsplänen Uebersichten nach einheitlichen Mustern beigefügt, in denen die Zahlen der Haushalte auf der Einnahme- wie der Ausgabenseite unter den gleichen Gesichtspunkten zusammengestellt sind. In einem weiteren Abschnitt der Verordnung ist die laufende Veröffentlichung von Ausweisen über die Einnahmen und Ausgaben der Länder, der Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern und der Gemeindeverbände vorgesehen.

Die österreichisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen. Die Verhandlungen über den Abschluß eines neuen österreichisch-deutschen Handelsvertrages werden Mittwoch, den 20. Juni, in Wien beginnen. Während die bisherigen Handelsabkommen mit Deutschland provisorischen Charakter trugen, streben die beiden Regierungen nun den Abschluß eines definitiven Vertrages mit umfangreichen Tarifabkommen an, um den in den letzten Jahren beträchtlich zugenommenen Warenaustausch zwischen den beiden Staaten noch mehr zu erleichtern. Wie der DHD. erfährt, enthält die deutsche Forderungsliste eine ganze Anzahl von Zollwünschen, die den Absatz der deutschen Industrieartikel in Oesterreich, insbesondere den Absatz von Maschinen, elektrischen Maschinen und Apparaten, Baumwoll- und Wollgeweben, Schuhwaren, sowie chemischen Artikeln zu erleichtern sucht. Die österreichischen Zollforderungen beziehen sich auf die Ermäßigung der deutschen Agrarzölle, namentlich der Viehzölle. Die österreichische Regierung verlangte auch die Herabsetzung einiger wichtiger deutscher Industriezölle, namentlich der Schnittholzzölle, der Zölle für Leder und Galanteriewaren, ferner für Konfektionswaren, Automobile, Möbel usw.

Förderung der Wohnkultur. In Berlin wurde der Verband zur Förderung Deutscher Wohnkultur e. V. mit dem Sitz in Halle (Saale) gegründet. Der Verband umfaßt bis jetzt 32 erstklassige Möbelfabriken- und Fachgeschäfte und hat zum Zweck, künstlerisch hochwertige Modelle nach den neuesten Fabrikationsmethoden zu bearbeiten, sowie seine Mitglieder beim gemeinschaftlichen Abschluß von Lieferungsverträgen mit Lieferanten aller Art zu unterstützen und die Ausführung der abgeschlossenen Verträge als Treuhänderin zu kontrollieren. Irgendwelche Eigengeschäfte betreibt der Verband nicht. Der Grundgedanke des Zusammenschlusses ist der, durch Serienfabrikation feinster Möbel den Preis derselben so zu stellen, daß weitere Kreise in die Lage versetzt werden, gute Qualitätsmöbel zu erschwinglichen Preisen zu kaufen. Zum Verbandsvorsitzenden wurde Herr Robert Bethmann i. Fa. Gebrüder Bethmann in Halle a. d. Saale bestellt.

Ein Riesenprozeß englischer Anleihebesitzer als Folge der Frankenstabilisierung. Die Stabilisierung des Franken wird, wie der „Lokal-Anzeiger" aus London meldet, einen großen Zivilprozeß, entweder gegen die französische Regierung oder gegen die Bank von England, nach sich ziehen, weil sich die englischen Besitzer französischer Kriegsanleihen durch die Stabilisierung geschädigt fühlen. Es geht im ganzen um nicht weniger als 800 Millionen Mark. Ein Komitee, an dessen Spitze der frühere Minister des Innern, Shortt steht, versucht festzustellen, ob die Aktion sich gegen die Bank von Frankreich oder gegen die Bank von England zu richten habe. Die französische Regierung vertritt natürlich den Standpunkt, daß zwischen den Besitzern von französischen Anleihen, die in Frankreich herausgegeben wurden und solchen, die in England herausgegeben wurden, kein Unterschied bestehe, während die Engländer natürlich das Gegenteil behaupten.

Schiffsverkehr auf der Saale. (Mitgeteilt von der Rhederei der Saale-Schiffer Akt.-Ges., Halle a. S.). Angekommen am 25. Juni 1928: Kahn Nr. 613, Sr. Robert Brödel, von Hamburg, Kahn Nr. 656, Sr. Robert Brödel, von Hamburg; Eildampfer Wettin mit Stückgut von Hamburg.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 26. Juni. Nachdem der Ultimo ohne Schwierigkeiten überwunden ist, machte sich bei der Spekulation wieder etwas Deckungsbegehr geltend. Die Stimmung wurde allgemein freundlich und zuversichtlich. Das Geschäft blieb jedoch noch klein und beschränkte sich zumeist immer noch auf die Kulisse. Gegen den Berliner Schluß waren Kurserhöhungen bis 1½ Prozent festzustellen. J. G. Farben lagen 3¼ Prozent, Rhein. Braunkohle 3 Prozent und Rhein. Stahl 2 Prozent höher. Zu berücksichtigen ist hierbei aber, daß die Abendkurse schon per Medio Gültigkeit haben. Kanada-Shares blieben auf die Freigabeverhandlungen mit 95½ Prozent gefragt. Die Rentenmärkte lagen still. Im Verlaufe blieb die Stimmung freundlich und die Kurse konnten zumeist erneut weiter etwas anziehen.

Dividenden

Bank f. Brauindustrie, Dresden-Berlin . .	11	(11)
Braunschw.-Schöninger Eisenbahn	0	
Gummiwerke Elbe, Riesterig	8	(5)
Oschersleben-Schöninger Eisenbahn . . .	0	
Rud. Ley, Masch.-Fabr., Arnstadt (Thür.) .	0	(0)
Zieger & Wiegand A.-G., Leipzig	4	(0)
Bayer. Rückversich.-Bank, München . . .	8	(8) Vorschlag
Kraftwerk Sachsen-Thüringen, Auma . . .	5	(5) „
Montania, A.-G. f. Bergbau, Münster (W.) .	0	(0) „

Börsen- und Kursberichte im Abendblatt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192806271-16/fragment/page=0004